Pressemitteilung

Im Landtag von Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-678/687/683
Fax: 0711-2063-660
schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://www.bawue.gruene-fraktion.de

093/2004

Stuttgart, den 23.03.2004

Boris Palmer: Teufel und Müller in der Klimaschutzdebatte nicht mehr ernst zu nehmen

---

Was heute von Ministerpräsident Erwin Teufel und seinem Umweltminister Ulrich Müller der Öffentlichkeit als „konkreter Verbesserungsvorschlag“ präsentiert wurde, läuft de facto darauf hinaus, dass die Industrie bis zum Jahr 2008 keinerlei Beitrag zur Reduzierung der klimaschädlichen CO_2-Emissionen leisten müsste und der Schrottreaktor von Obrigheim nicht vor 2012 – statt wie jetzt vorgesehen im kommenden Frühjahr – vom Netz gehen würde. „Teufel und seine Umweltminister schalten beim Klimaschutz den Rückwärtsgang ein. Als glühende Verfechter der Atomenergie wollen sie die Industrie ganz aus der Verantwortung entlassen. Klimaschutzpolitisch eine Nullemission – der nächste Klima-Dinosaurier ist ihnen sicher“, so der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer.

Die Landesregierung falle damit noch hinter die von der Wirtschaft und deren Spitzenverbänden BDI und DIHT gemachten freiwilligen Zusagen zur CO_2-Minderung zurück. Als Gegenleistung für den Verzicht der Bundesregierung auf die Einführung gesetzlicher Regelungen zum Ausbau der so genannten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Quote) hatte die Wirtschaft zugesagt, ihre CO_2-Emissionen bis 2005 um 20 Mio. t/a und bis 2010 um 45 Mio. t jährlich gegenüber dem Stand von 1998 (508 Mio. t) zu verringern. Genau an dieser freiwilligen Zusage hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin das von ihm vorgelegte Konzept zur Einführung eines Emissionszertifikatehandels orientiert. Von einer zusätzlichen Belastung der Industrie könne also überhaupt keine Rede sein. Schlicht falsch sei auch die

Behauptung, dass der Atomausstieg bei der Zuteilung der Emissionszertifikate keine Berücksichtigung finde. Der vom BMU vorgelegte Entwurf für einen nationalen Allokationsplan sehe vielmehr ausdrücklich vor, dass der Energiewirtschaft im Zuge des Atomausstiegs zusätzliche Zertifikate im Umfang von 7 Mio. t zugeteilt würden.

Keinerlei Verständnis hat Palmer auch für die Kritik Teufels an dem Vorhaben des Bundesumweltministers, für Neuanlagen bei der Zuteilung von Emissionszertifikaten den emissionsärmsten Brennstoff - sprich Gas – zugrunde zu legen. Wer dies kritisiert – so Palmer – hat nicht verstanden, welche Chancen der Emissionshandel biete, als Motor für Innovation und Energieeffizienz zu fungieren.

Palmer: „Die von Teufel und Müller präsentierte Nulllösung ist ein Beleg dafür, dass man sich seitens der Landesregierung von einer ernst zu nehmenden Klimaschutzpolitik vollständig verabschiedet hat.“